



Grünes Bündnis  
 Stadt Bern  
 Postfach 6411  
 Neubrückestrasse 17  
 3001 Bern  
 Tel. 031 301 82 09  
 Fax 031 302 88 78  
 info@gbbern.ch  
 www.gbbern.ch  
 PC 30-37923-6

# gb.links

- Armut bekämpfen statt Arme ausgrenzen
- Lösungen für soziale Benachteiligungen entwickeln
- Nein zur Einbürgerungsinitiative



Am 1. Juni: Nein zum Bärenparking

## Wir lassen uns kein Bärenparking aufbinden

des motorisierten Individualverkehrs um 10% festgelegt.

250-300 oberirdischen Parkplätzen zur Folge. Ein grosser Teil der bestehenden Parkplätze im Raum Bärengraben und den angrenzenden Quartieren wären davon betroffen. Konflikte sind vorprogrammiert.

des Pro-Komitees ist der Eingang zur unterirdischen Parkanlage gerade mal so gross, dass ein Smart hineinfahren kann. Augenwischerei! Die Ein- und Ausfahrt zum Parkhaus wird das Aareschutzgebiet einschneidend verändern; ein riesiges schwarzes Loch – umrahmt von meterdicken Betonwänden – wird in der Wand klaffen. Ob dieses Loch das Zeug zu einer neuen Ausflugsdestination hat, wie es das Plakat der InitiantInnen weismachen will, ist zu bezweifeln.

Die Tropfsteinhöhle im Klösterlistutz müsste dem «Bärenparking» weichen. Am 29. April wurde die Kampagne gegen das «Bärenparking» vorgestellt. Von links: Evi Allemann (Läbige Stadt), Stefan Jordi (SP), Urs Frieden (GB), Erik Mosza (GFL), Hannes Meuli (VCS).

Die Initiative «Bärenparking», die am 1. Juni zur Abstimmung kommt, verlangt im Raum Bärengraben-Klösterli den Bau eines unterirdischen Parkhauses mit 250 bis 300 Parkplätzen. Die Initiative sieht vor, Erstellung und Betrieb durch Private zu finanzieren. Anfang März hat sich der Stadtrat mit der Abstimmungsvorlage «Bärenparking» befasst. Er empfiehlt mit 42 zu 27 Stimmen die Initiative zur Ablehnung.

**Parkhäuser im Zentrum sind Beton-Projekte von gestern**  
 Ein Parkhaus wirkt wie ein Magnet. Weil es so einfach zu finden ist, zieht es noch mehr Autos an, die durch das Matte-, Kirchenfeld- und Nordquartier zum Bärengraben fahren. Die Erstellung eines neuen Parkhauses hat also Mehrverkehr zur Folge. In der städtischen Energiestrategie 2006-2015 wurde jedoch eine Reduktion

**Shuttle-Bus statt leere Parkhäuser**  
 Nicht weit von Rosengarten und Bärengraben steht das «Parking BEA Expo» – meistens leer. Metro-, Casino- und Rathausparking decken die Bedürfnisse für die Altstadt umfänglich ab. Anstatt ein weiteres Parkhaus zu finanzieren, täte die Stadt wohl besser daran, einen Shuttle-Bus zwischen Bärengraben – Rosengarten – Klee-Zentrum – Bea-Parkplätze einzuführen.

**Konflikte sind vorzusehen**  
 Das Anliegen der Initiative steht in starkem Widerspruch zur Bauordnung (BO), die von den Stimmberechtigten im September 2006 deutlich angenommen wurde. Dort ist festgelegt, dass Parkierungsanlagen nicht mehr in Zentrumsnähe erstellt werden dürfen. Des Weiteren hätte der Bau des «Bärenparkings» gemäss Vorschrift die Aufhebung von

**Ökologisch fahrlässig und teuer**

Die Realisierung eines «Bärenparkings» bedingt Eingriffe ins Aaretschutzgebiet. Zusätzlich würden wichtige Baumbestände tangiert. Vorabklärungen ergaben, dass mit sehr hohen Bau- und Betriebskosten gerechnet werden muss. Dies nicht nur wegen der ausgeprägten Hanglage und des daraus resultierenden Wasserproblems, sondern vor allem dadurch, dass bestehende Infrastrukturanlagen (Luftschuttollen, Werkleitungen, Entlastungskanal Murifeld Aare) durchschnitten werden müssten.

**Schwarzes Loch als Ausflugsziel?**

Die InitiantInnen werben mit einer Fotomontage und dem Slogan «Weniger Verkehr, mehr Leben». Auf dem Werbefoto

Stéphanie Penher, GB-Stadträtin

Informationen zum «Bärenparking» unter [www.baerenparking-nein.ch](http://www.baerenparking-nein.ch)

**AZB 3000 Bern 1**  
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### gb.links

- Mi, 21. Mai, 19.30 Uhr, Unitobler Bern, Lerchenweg 36, Raum F022. Diskussion «Frauen im öffentlichen Raum». Infos: [www.jungealternative.ch](http://www.jungealternative.ch)
- Do, 22. Mai, 19-21 Uhr, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern. Veranstaltung «Wohin entwickelt sich Venezuela?». Infos: [www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch)

- Do, 22. Mai, 19.30 Uhr, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern. Veranstaltung **60 Jahre Israel / 60 Jahre Nakba**. Infos: [www.nahostfrieden.ch](http://www.nahostfrieden.ch)

- Mi, 18. Juni, 18 Uhr, Schulhaus Steckgut, Bern. **Schule der Zukunft – stärkere Selektion oder individuelle Förderung?** Infos: [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

- Vormerken: Di, 24. Juni. **GB-Mitgliederversammlung** und Veranstaltung.

### Abstimmungen vom 1.6.08

<b>Stadt Bern</b>	
«Bärenparking»	<b>NEIN</b>
Bahnhofreglement	<b>NEIN</b>
Teilrevision des Reglements über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern	
a) mit Neuregelung Parkgebühren	<b>JA</b>
b) ohne Neuregelung Parkgebühren	<b>JA</b>
Stichentscheid	<b>Variante A</b>
<b>Bund</b>	
Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»	<b>NEIN</b>
Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»	<b>NEIN</b>
Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»	<b>NEIN</b>

**Talon**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

- Ich bestelle \_\_\_ Expl. Unterschriftenbogen für die **Initiative «autofreier Bahnhofplatz»**.
- Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schick mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.
- Ich komme am 27. Mai ans **Neumitgliedertreffen**.

**Impressum**  
 Redaktionsschluss gb.links 4/2008: 14. August.  
 Redaktion: Angela Mattli, Karin Jenni, Natalie Imboden.  
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

### gb.tipp



### SeniorInnenrat unter der weiblichen Lupe

**Montag, 19. Mai, Sitzungszimmer der Grünen Kanton Bern, Waisenhausplatz 21, Bern**

30 000 BernerInnen sind über 60 Jahre alt, viele davon sind Frauen. Seit 2007 gibt es in Bern einen SeniorInnenrat. Wozu nimmt der SeniorInnenrat Stellung? Was sind die Bedürfnisse von SeniorInnen?

Von 19-20 Uhr wird **Barbara Gurtner**, ehemalige Nationalrätin des GB, den **SeniorInnenrat der Stadt Bern** vorstellen und darüber informieren, ob und wie sie dort Frauenthemen und grüne Anliegen einbringen kann.

Anschliessend an die Diskussion findet ab 20 Uhr die ordentliche Sitzung der **AG Frauenpolitik des Grünen Bündnis** statt.

Alle Frauen des GB, der Grünen Kanton Bern und weitere Interessierte sind herzlich willkommen. Kontakt: Barbara Amsler, 031 331 54 97 oder [barbara.amsler@freesurf.ch](mailto:barbara.amsler@freesurf.ch)

**Neumitgliedertreffen**  
 Dienstag, 27. Mai, 18.30 Uhr,  
 GB-Sekretariat

### gb.bewegt

**Frauenpolitik**  
 Montag, 19. Mai, 19 Uhr,  
 Grüne Bern, Waisenhausplatz 21

**Ökologie**  
 Montag, 19. Mai, 19 Uhr,  
 GB-Sekretariat

**Internationales und Migration**  
 Kontakt: Martin Wälchli,  
[internationales-migration@gbbern.ch](mailto:internationales-migration@gbbern.ch)

**Bildung (kantonale AG)**  
 Kontakt: Corinne Schärer,  
[corinne.schaerer@vpodbern.ch](mailto:corinne.schaerer@vpodbern.ch)

**Nationale Politik**  
 Kontakt: Hasim Sancar,  
[sancars@bluewin.ch](mailto:sancars@bluewin.ch)

**Leitender Ausschuss**  
 Mittwoch, 14. Mai, 20 Uhr,  
 GB-Sekretariat

# Armut bekämpfen statt Arme ausgrenzen



Das GB hat Postkarten gegen das Reglement produziert, die auf dem Sekretariat bestellt werden können.

**Am 1. Juni stimmen wir über das neue Bahnhofreglement ab. Das Reglement schafft für einen Teil des öffentlichen Raumes ein Sonderrecht und leistet der Privatisierung von polizeilichen Aufgaben Vorschub. Deshalb lehnt das Grüne Bündnis das Bahnhofreglement ab.**

## Privatisierung polizeilicher Aufgaben und Gefahr von Willkür

Mit dem Bahnhofreglement erhält der Gemeinderat die Kompetenz, Sicherheits- und Kontrollaufgaben im städtischen Teil des Bahnhofs der Securitrans AG zu übertragen. Die zusätzlichen Kosten dafür muss die Stadt Bern tragen. Die Securitrans AG gehört zu 51% der SBB und zu 49% der Securitas und ist privatrechtlich organisiert. Faktisch kommt diese Auslagerung der polizeilichen Aufgaben einer Teilprivatisierung des Gewaltmonopols gleich. Dies ist in vielerlei Hinsicht höchst problematisch: Historisch gesehen war das staatliche Gewaltmonopol die Grundvoraussetzung für den heutigen Rechtsstaat; nur der Staat darf – ausser im

Rahmen der Notwehrrechte – Gewalt ausüben. Das gilt noch heute. Durch die Bindung an die Grundrechte sind dem Staat enge Grenzen gesetzt. Die öffentliche Kontrolle über das staatliche Gewaltmonopol kann zudem helfen, unrechtmässige Eingriffe in die Grundrechte zurückzubinden. Durch die Auslagerung an Private ist diese Errungenschaft des modernen Staates in Frage gestellt. Die der Marktlogik unterworfenen privaten Sicherheitsdienste machen – sei dies durch die mangelnde Ausbildung ihres Personals, sei dies durch eine zu schwache öffentliche Kontrolle – immer wieder durch grundrechtsverletzenden Handelns auf sich aufmerksam. Wie problematisch die Privatisierung von Sicherheitsaufgaben ist, zeigt das im Bahnhofreglement vorgesehene «Verbot von ungebührlichem Verhalten». Es läge künftig im Ermessen der Securitrans, was als «ungebührliches Verhalten» angezeigt und allenfalls mit einer Busse von bis zu 2000 Franken geahndet werden soll. Das öffnet der Willkür Tür und Tor. Die Leidtragenden werden einerseits die sogenannten Randständigen sein, welche vom Bahnhof und damit aus einem weiteren Ort des öffentlichen Raumes ferngehalten werden sollen, andererseits aber auch Jugendliche, für welche der Bahnhof Bern ein Treffpunkt ist.

## Bettelverbot: heute im Bahnhof, morgen in der ganzen Stadt?

Ausgrenzend ist auch das im Reglement vorgesehene Bettelverbot, mit dem soziale Probleme aus unserem Blickwinkel zwar verschwinden, aber nicht gelöst werden können. Im Übrigen ist es schon jetzt der

Fall, dass die Polizei oder das Team Pinto intervenieren, wenn jemand zu aufdringlich bettelt. Geradezu grotesk ist der 10-Meter-Perimeter rund um die Aufgänge des Bahnhofs, in welchem das Bahnhofreglement ebenfalls gelten soll. Werden die Angestellten der Securitrans demnächst mit Massbändern ausgerüstet?

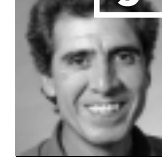
Die Einführung eines Bettelverbots in der ganzen Stadt ist bereits in Diskussion und wurde jüngst im Stadtrat äusserst knapp abgelehnt. Das Thema ist damit aber nicht vom Tisch. Für das Grüne Bündnis ist ein Nein zum Bahnhofreglement auch ein Nein zu einem Bettelverbot in der ganzen Stadt Bern und ein klares Signal dafür, dass der öffentliche Raum in Bern weiterhin allen gehören soll.

## Visitenkarte oder Mobilitätsdrehscheibe?

Begründet wird das Bahnhofreglement mit dem Hauptzweck des Bahnhofs als Mobilitätsdrehscheibe. Diese Begründung überzeugt nicht, wenn man den zunehmenden Umbau des Bahnhofs in ein Shopping-Center betrachtet. Plausibler klingt die Erklärung, dass sich der Bahnhof als Visitenkarte zu präsentieren hat, bei der manche Facetten unserer Gesellschaft nicht erwünscht sind.

Das Bahnhofreglement zielt gegen die Schwächsten unserer Gesellschaft und verdrängt diese. Soziale Probleme werden dadurch keine gelöst, sondern vom Bahnhof in die Stadt verschoben. Deshalb: Öffentlicher Raum für alle – Bahnhofreglement NEIN!

Karin Jenni, GB-Sekretärin



**Nein zur Einbürgerungsinitiative**

Die «Initiative für demokratische Einbürgerungen» der SVP verlangt, dass die Gemeinden autonom darüber befinden, welches Organ über Einbürgerungen entscheidet. Diese Beschlüsse sind endgültig und sollen nicht mehr überprüft werden können.

Mit ihrem Anliegen wollen die InitiantInnen die Rechtslage rückgängig machen, die 2003 durch zwei Bundesgerichtsurteile konsolidiert wurde. Ein Einbürgerungsentscheid einer Gemeinde wurde als diskriminierend und die Urnenabstimmung bei Einbürgerungen als verfassungswidrig beurteilt. Das Bundesgericht bekräftigte damit, dass Einbürgerung kein politischer, sondern ein rechtlicher Akt ist. Ein negativer Entscheid muss beschwerdefähig bleiben. Damit kann verhindert werden, dass das Verfahren durch Diskriminierungen und Willkür beeinträchtigt wird. Dass dies mehr als notwendig ist, macht der Fall Emmen LU besonders deutlich, wo Angehörige bestimmter Nationalitäten kaum Chancen auf Einbürgerung hatten.

Die SVP-Initiative widerspricht dem internationalen Recht. Der Bundesrat und die beiden Kammern haben die Initiative bereits abgelehnt. Für eine Einbürgerung braucht es klare Richtlinien. Sind diese erfüllt, muss die Einbürgerung vollzogen werden. Falls nicht, braucht es eine Begründung und ein Beschwerderecht. Dies ist die Grundlage eines modernen Rechtsstaates und wird auch von gemässigten bürgerlichen Parteien nicht bestritten. Auch sie lehnen die SVP-Initiative ab.

Hasim Sancar, GB-Stadtrat

## gb.initiativen

Rund 4000 Unterschriften sind bis jetzt für unsere Initiative «Zäme läbe, zäme schtimme» beisammen. Es sind noch einige Anstrengungen notwendig. Am 1. Juni (Abstimmungssonntag) wird das GB von 10–12 Uhr vor den Abstimmungslokalen kräftig Unterschriften sammeln. Bitte meldet Euch auf dem Sekretariat.

## gb.energie

Mit einer Motion verlangt das Grüne Bündnis vom Gemeinderat, dass sich das EWB strategisch auf **erneuerbare Energien** ausrichtet und Förderprogramme zur Erhöhung der Verbrauchseffizienz lanciert. Konkret sollen z.B. Wind- und Sonnenenergie gefördert werden. Damit wird der **Ausstieg aus der Atomenergie** Schritt für Schritt vorangetrieben.

## gb.bewegt

Der **Velostadtplan für die Region** liegt vor. Offizieller Verkaufspreis Fr. 9.90. Es gibt einen GB-Sonderrabatt. Bestellungen auf dem Sekretariat.

## gb.gratulation

Das GB gratuliert dem neugewählten Präsidenten der Grünen Schweiz, **Ueli Leuenberger**, und den beiden Vize-Präsidentinnen **Franziska Teuscher** (GB) und **Aline Trede** (Junge Grüne).

## gb.erfolg

Die Stadt Bern erstellt aufgrund eines Vorstosses von GB-Stadträtin **Christine Michel** ein Reglement für Kunst im öffentlichen Raum, welches mehr Transparenz und Klarheit schaffen soll.

## gb.buchtip

Neu: **Die Grünen in der Schweiz**. Ihre Politik. Ihre Geschichte. Ihre Basis. (Hrsg. Werner Seitz / Matthias Bär), Rüegger Verlag.

## Grüne Köpfe: Emine Sariaslan, GB-Stadträtin

# «Lösungen für soziale Benachteiligungen entwickeln»

**Emine Sariaslan (44) ist Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin und seit Januar 2008 Stadträtin. Der Militärputsch in der Türkei 1988 zwang die 14-jährige politisch aktive Gymnasiastin zum Untertauchen. Seit 20 Jahren lebt sie in der Schweiz und engagiert sich für MigrantInnen. Sie hat das Gleichstellungsgesetz auf türkisch übersetzt und ist Vize-Präsidentin des nationalen Forums für die Integration der MigrantInnen (FIMM).**

## Was sagst du als Sozialarbeiterin zur «Missbrauchsdebatte» in der Sozialhilfe?

Wer Sozialhilfe beansprucht, ist in einer schweren persönlichen, gesundheitlichen und finanziellen Notlage und braucht professionelle Hilfe. Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut hat in vielen Sozialdiensten zu massiver Überlastung geführt. Angaben können nicht mehr überprüft und die Mitwirkungspflicht der KlientInnen nicht mehr eingefordert werden. Missbräuche sind Einzelfälle und ihre Bekämpfung notwendig. Das ist nur möglich, wenn Kontrollen professionell durchgeführt werden. Bürgerliche Kreise versuchen, gesellschaftliche Missstände einzelnen Gruppen zuzuschreiben und daraus politisches Kapital zu machen. Dies führt zu einer Entsolidarisierung.

## Hast du als eine der wenigen Sozialarbeiterinnen mit Migrationserfahrung einen besonderen Ansatz?

In der Migrationsdebatte wird häufig die kulturelle Dimension in den Vordergrund gerückt. Die strukturelle Dimension gerät aus dem Blick und die soziale Be-

nachteiligung wird mit Kulturdifferenz erklärt. Deshalb will ich die politische und wirtschaftliche Dimension hervorheben und adäquate Lösungsstrategien entwickeln.

## Du forderst, dass alle Kinder – unabhängig vom Pass oder Portemonnaie ihrer Eltern – Zugang zur KITA haben sollen. Sind KITAs integrationsfördernd?

Kinder lernen bereits vor dem Kindergarten Berndeutsch, das Verhalten in der Gruppe sowie Grob- und Feinmotorik werden gefördert. Auch fremdsprachige Kinder sollen mit möglichst guten Deutschkenntnissen in den Kindergarten eintreten. Dies schafft eine solide Basis für ihre weitere Schullaufbahn.

## Warum ist die Wiedereingliederung qualifizierter Arbeitsloser ein Thema für dich?

Gut qualifizierte Arbeitslose sind nicht unbedingt leichter vermittelbar als unqualifizierte. Um ihre Vermittelbarkeit zu erhöhen und sie rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren braucht es spezielle Arbeitslosenprojekte.

## Du bist seit kurzem Vize-Präsidentin des nationalen Forums für die Integration der MigrantInnen (FIMM). Was ist das FIMM?

Als Dachverein von 54 MigrantInnenorganisationen leistet das FIMM politische Arbeit, nimmt Stellung zu Migrations- und Integrationsfragen und organisiert Veranstaltungen und Projekte.

## Du bist aktive Gewerkschafterin. Was für eine Rolle spielen die Gewerkschaften in der Integrationsfrage?



1. Mai-Rede von Emine Sariaslan im Jahr 2006.

Die Gewerkschaft bringt ArbeitnehmerInnen aus der ganzen Welt zusammen, unterstützt sie in ihrem alltäglichen Kampf mit Institutionen und organisiert Kurse. Sie sensibilisiert die Gesellschaft für Integrationsfragen und kämpft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

## Drei politische Wünsche für die Stadt Bern?

Schöne und günstige Wohnungen für alle (keine Ghettos), mehr Krippenplätze und das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen.

Interview: Natalie Imboden